



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.04.2018**
öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:32 Uhr bis 18:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 17:36 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 16:38 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herr Senius, Teilnahme bis 17:31
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:50 Uhr
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Toralf Fischer	Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung/ Amtstierärztin
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin
Heike Schaarschmidt	Referentin der Beigeordneten für Bildung und Soziales

Gäste

Frau Grummisch	Mitarbeiterin Jobcenter Halle
Herr Kaltoven	Geschäftsführer Jobcenter Halle

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt informierte darüber, dass der TOP 4.1.1 von der Tagesordnung abzusetzen ist, da er zurückgezogen wurde.

Frau Haupt bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.03.2018
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Neufassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/02829
- 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neufassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03840 **zurückgezogen**
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2017/03649
- 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2018/03986
- 5.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2018/03855
- 5.2.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A VI/2018/03855
Vorlage: VI/2018/03909

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Arbeitsmarktbericht des Jobcenters
 - 7.2. Umsetzung Projekt Örtliches Teilhabemanagement
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
 - 9.1. Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.03.2018

Es gab keine Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Neufassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/02829**

Frau Brederlow brachte die Vorlage ein.

Es gab keine Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2017/03649**

zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2018/03986

Frau Seidel-Jähni~~g~~ brachte eine Änderung des Antrages ein.

Herr Schachtschneider zog den Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP zurück.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung die Änderung der SPD begrüßt.

Herr Helmich sagte, dass er empfiehlt auch die Bezeichnung des Antrags zu ändern.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Fraktionen Experten vorschlagen können.

Frau Brederlow bejahte dies.

Frau Seidel-Jähni~~g~~ änderte die Bezeichnung des Antrags.

zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2018/03986

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) ~~zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes~~

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes durch Vereine oder freie Träger in der Stadt Halle (Saale) zu erarbeiten.~~
- ~~2. Die Richtlinie wird dem Stadtrat beginnend mit der Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.10.2018 zur Vorberatung und zur Beschlussfassung im darauffolgenden Stadtrat am 24.10.2018 vorgelegt.~~
- ~~3. Im Rahmen der Erarbeitung der Richtlinie ermittelt die Stadtverwaltung den Haushaltsansatz, der zur Erfüllung der Richtlinie notwendig ist und hinterlegt diesen beginnend mit dem Haushalt für das Jahr 2019 mittelfristig in den Haushaltsplanungen.~~

Der Antrag erhält die folgende Fassung:

Der Antrag erhält den folgenden Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) ~~zur Erarbeitung einer Richtlinie~~ zur Förderung des Tierschutzes

- 1. Zwecks Verständigung zur Förderung des Tierschutzes im Stadtgebiet, wird die Stadtverwaltung beauftragt, in geeigneter Form, Art und Weise, Vertreter des Tierschutzes im Stadtgebiet, Sachkundige und Vertreter der Fraktionen einzuladen.**

Frau Haupt vertagte den Antrag im Namen der antragstellenden Fraktionen.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des
Halle-Passes A VI/2018/03855
Vorlage: VI/2018/03909**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Regularien des Halle-Passes A konzeptionell zu ~~überarbeiten~~ **überprüfen**. Das Konzept wird in der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 ~~zur Beschlussfassung~~-vorgelegt.
2. Bezüglich der ~~Überarbeitung~~ **Prüfung** werden folgende Eckpunkte berücksichtigt:
 - a. Der Halle-Pass A wird zeitgleich mit der Bescheidung von Transferleistungen nach SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld ausgestellt. Die städtischen Vertreter*innen der Trägerversammlung werden beauftragt, diese Verfahrensweise für den Rechtskreis SGB II sowie für die Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages per Antrag in die Trägerversammlung einzubringen.
 - b. Inhaber*innen des Halle-Passes A haben Anspruch auf einen monatlichen ÖPNV-Mobilitätsbetrag in Höhe von 5 €, der ~~individuell~~ **zweckgebunden mit dem Besuch der jeweiligen Einrichtung** nutzbar ist. Die Stadtverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HAVAG beauftragt, ein geeignetes Modell der Umsetzung zu ~~entwickeln~~-**prüfen**.
 - c. Für Inhaber*innen des Halle-Passes A ist ~~die~~ **eine kostenfreie** Nutzung der Stadtbibliothek sowie des Stadtmuseums ~~kostenfrei~~ **zu prüfen**. ~~Die Gebührensatzungen sind dementsprechend anzupassen.~~
Für städtische Unternehmen, die bisher keine Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A für Freizeit- und Bildungsangebote anbieten, sollen diese geprüft werden.
Es wird außerdem geprüft ob Dritte, die im Auftrag der Stadt Einrichtungen betreiben, ~~bieten~~ Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A **anbieten können**. Mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen werden Halle-Pass A Ermäßigungen angestrebt.
 - d. Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass A angemessen, aktuell, nutzerfreundlich und weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Es wird empfohlen, auch auf die Leistungen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ hinzuweisen.
 - e. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit der Kreis der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger **(beispielsweise nach Einkommen in Höhe des jeweils aktuellen Mindestlohnes)**, welche die Voraussetzungen für die Beantragung eines Halle-Passes A nicht erfüllen, erweitert werden kann. Entsprechende Szenarien sind abzubilden.
3. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen. ~~und im HH-Entwurf 2019 zu berücksichtigen.~~

4. Die Regularien zum Halle-Pass A werden in Form einer Satzung oder Richtlinie vorgelegt.

**zu 5.2 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur
Ausgestaltung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2018/03855**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

5. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Regularien des Halle-Passes A konzeptionell zu überarbeiten. Das Konzept wird in der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.
6. Bezüglich der Überarbeitung werden folgende Eckpunkte berücksichtigt:
 - f. Der Halle-Pass A wird zeitgleich mit der Bescheidung von Transferleistungen nach SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld ausgestellt. Die städtischen Vertreter*innen der Trägerversammlung werden beauftragt, diese Verfahrensweise für den Rechtskreis SGB II sowie für die Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages per Antrag in die Trägerversammlung einzubringen.
 - g. Inhaber*innen des Halle-Passes A haben Anspruch auf einen monatlichen ÖPNV-Mobilitätsbetrag in Höhe von 5 €, der individuell nutzbar ist. Die Stadtverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HAVAG beauftragt, ein geeignetes Modell der Umsetzung zu entwickeln.
 - h. Für Inhaber*innen des Halle-Passes A ist die Nutzung der Stadtbibliothek sowie des Stadtmuseums kostenfrei. Die Gebührensatzungen sind dementsprechend anzupassen.
Für städtische Unternehmen, die bisher keine Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A für Freizeit- und Bildungsangebote anbieten, sollen diese geprüft werden.
Dritte, die im Auftrag der Stadt Einrichtungen betreiben, bieten Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A an. Mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen werden Halle-Pass A Ermäßigungen angestrebt.
 - i. Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass A angemessen, aktuell, nutzerfreundlich und weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Es wird empfohlen, auch auf die Leistungen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ hinzuweisen.
 - j. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit der Kreis der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger, welche die Voraussetzungen für die Beantragung eines Halle-Passes A nicht erfüllen, erweitert werden kann. Entsprechende Szenarien sind abzubilden.
7. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen und im HH-Entwurf 2019 zu berücksichtigen.

8. Die Regularien zum Halle-Pass A werden in Form einer Satzung oder Richtlinie vorgelegt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Arbeitsmarktbericht des Jobcenters

Die Mitteilung ist schriftlich hinterlegt.

Herr Kaltofen und **Frau Grummisch** stellten die Themen vor.

Herr Dr. Wöllenweber fragte wie die unter und über 25-jährigen festgelegt werden, da nicht alle ihr genaues Alter angeben.

Herr Kaltofen erklärte, dass die Altersgruppe anhand des Aufenthaltstitels bestimmt wird. Bei den unter 25-jährigen muss eine Berufsorientierung durchgeführt werden, ebenso wie das Kennenlernen des deutschen Ausbildungssystems.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, warum die Grenze genau bei 25 liegt.

Herr Kaltofen sagte, dass es nach Sozialgesetzgebung einen besonderen Betreuungsschlüssel für diese Altersgruppe gibt.

Herr Schachtschneider fragte, warum die Zahlen zur Lernförderung in Magdeburg nicht dargestellt wurden.

Frau Grummisch sicherte eine nachträgliche Beantwortung zu.

Herr Schied fragte, ob es gewisse Zeiträume gibt, in denen die Schulen informiert werden.

Frau Grummich antwortete, dass die Schulsozialarbeiter regelmäßig informiert werden.

Herr Schied fragte, wann und wo die Kunden von Bildung und Teilhabe erfahren.

Herr Kaltofen erklärte, dass die Neukunden eine Mappe erhalten mit einem Flyer und beim ersten Vermittlungsgespräch direkt auf Bildung und Teilhabe hingewiesen werden, da die räumliche Nähe gegeben ist. Er sagte, dass, selbst wenn es nur gegenüber ist, für manche Kunden dieser Weg zu weit ist.

Frau Seidel-Jähmig fragte, ob die dargestellte Veranstaltung nur für alleinerziehende Mütter mit Migrationshintergrund ist.

Frau Grummisch sagte, dass es eine Veranstaltung für alleinerziehende Mütter mit Migrationshintergrund, die auf Jobsuche sind, ist und zu der Mitarbeiter*innen von Bildung und Teilhabe kommen, um die Unterstützungsmöglichkeiten zu erklären.

zu 7.2 Umsetzung Projekt Örtliches Teilhabemanagement

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt. Herr Baus führte aus, dass das Projekt aus Mitteln des EU-Sozialfonds finanziert wird und bedankte sich ausdrücklich beim Land.

zu 7.3 Information zur Suchtpräventionsfachkraft

Frau Brederlow sagte, dass ab 1. Mai **2018** eine Suchtpräventionsfachkraft bei der drobs anfängt.

zu 7.4 Information zum Halleschen Begegnungsfest

Herr Dr. Fischer informierte die Mitglieder über das Hallesche Begegnungsfest am 05. Mai, das in Form eines Barcamps stattfinden wird.

zu 7.5 Information zu 100 Jahre Frauenwahlrecht

Frau Wildner teilte einen Flyer zu 100 Jahre Frauenwahlrecht aus und informierte, dass es immer am 8. eines Monats das ganze Jahr über Veranstaltungen geben wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Mündliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Frau Haupt informierte die Mitglieder, dass die Sitzung im Mai bei dem Lebenshilfe e.V. stattfinden wird.

Herr Czock regte an, den Behindertenverband einzuladen, um diesen die Möglichkeit einer Vorstellung zu geben. Weiterhin machte er auf das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Stadtverwaltung aufmerksam.

Frau Dr. Schöps regte an, den Stand zum Suchtkonzept und den Stand der Ausschreibung der Stelle Psychiatrie- und Suchtkoordinator/in darzustellen.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin